Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 7-8

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Leitplanken für eine neue Bundesverfassung

Wer hätte das gedacht? Erst eineinhalb Jahre sind vergangen, seit der Bundesrat seinen Bericht über die zwanzigjährigen Studien, Vorarbeiten und Diskussionen zu einer Totalrevision der Bundesverfassung vorgelegt hatte; und schon hat der verbindliche Beschluss, die Verfassungsrevision jetzt einzuleiten und den Bundesrat mit der Ausarbeitung eines Entwurfs zu beauftragen, beide eidgenössischen Räte passiert. Der eigentliche Startschuss ist damit gefallen, nachdem die Bundesversammlung seinerzeit, 1965, bloss gründlich abgeklärt haben wollte, ob die Voraussetzungen einer Totalrevision gegeben, ob ihre Notwendigkeit und Wünschbarkeit erwiesen sei.

Nichts wäre indes verfehlter, als aus dieser zügigen Entschlussfassung des Parlamentes auf einen dezidierten Reformwillen oder auch nur auf eine grosse Reformbereitschaft zu schliessen. Die Bedeutung einer Totalrevision wird auch von ihren Promotoren heute geringer eingeschätzt als vor zwanzig Jahren, als die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik auch den politischen Erneuerungswillen stimulierten. Die Euphorie, die sich zuletzt nochmals am Verfassungsentwurf der Expertenkommission Furgler entzündet hatte, ist längst abgeebbt, während das Misstrauen, das sie als Reaktion weckte, unter bürgerlichen Politikern noch spürbar nachwirkt.

Taktische Schachzüge im Nationalrat

So überrascht es denn kaum, dass der Beschluss des Nationalrates in der Junisession zwiespältig aufgenommen und kommentiert worden ist, kritischer als jener des Ständerates im letzten Winter, obwohl er sich exakt an die Fassung der kleinen Kammer mit der einschränkenden Auftragsformulierung hielt, um keine Differenz zu schaffen. Das mag an der Debatte gelegen haben, die im Nationalrat nicht das Niveau der ständerätlichen erreichte und deren Glaubwürdigkeit von taktischen Spielzügen beeinträchtigt wurde. Auch wer im Grunde die Verfassungsrevision ablehnt oder nicht an ihre Realisierung glaubt, brauchte dies nicht mit einem Nein kundzutun; er konnte einer eingeschränkten formalen Revision zustimmen, um den «Schaden» in Grenzen zu halten und Zeit zu gewinnen, oder gar der uneingeschränkten materiellen Revision, um damit eine Differenz zu schaffen und den Ständerat allenfalls zu einem Rückzug zu veranlassen. Mit einem Nein zum Eintreten auf die Vorlage hätte man anderseits einen sofortigen Volksentscheid erzwingen können — und dies war eine Aussicht, mit der sowohl Gegner wie Befürworter der Verfassungsrevision liebäugeln konnten. Denn mit einem Volksentscheid würde man zwar, was das umstrittene Ziel des Unternehmens betrifft, nicht klüger, aber man

erhielte immerhin Aufschluss darüber, ob sich das in dieser Diskussion so oft beschworene Volk für dessen Weiterführung gewinnen oder davon abschrecken liesse.

Müsste freilich der Souverän nicht noch ratloser vor den Fragen stehen, mit deren Beantwortung sich nicht nur Parlamentarier, sondern auch ausgewiesene Kenner und treue Begleiter der ausgedehnten Vorarbeiten heute schwertun? Während nämlich die ursprünglich zentralen Fragen nach der Notwendigkeit und Wünschbarkeit eines neugefassten Grundgesetzes angesichts der offensichtlichen Kluft zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit fast von jedermann ohne weiteres mit einem Ja beantwortet werden, hat sich die zunächst untergeordnete Frage der Durchführbarkeit als überaus vielschichtig und verzwickt erwiesen. Denn gerade dann, wenn die Verfassungsrevision nicht bloss Neufassen, sondern auch Modifizieren und Reformieren bedeutet, wird sie zum komplexen politischen Prozess, der subtile Verfahrensprobleme stellt.

Diese Erkenntnis hat auch manchen Reformfreund angesichts des in der geltenden Verfassung vorgegebenen Revisionsmechanismus skeptischer werden lassen, und sie gebietet, die drei im Parlament bezogenen Hauptpositionen nicht nur auf offenkundige politische Motive und verschleierte taktische Überlegungen, sondern auch auf die tiefer in die Revisionsproblematik eindringenden Argumente hin zu prüfen.

Übungsabbruch – mit Gewinn

So wird man die Parole, die Übung sei nun abzubrechen, nicht nur einer zwar durchaus vorhandenen und sich gern volkstümlich gebenden konservativen Abwehrhaltung zurechnen dürfen. Man kann ernsthaft fragen, ob der «Zweck der Übung» in den gründlichen Vorarbeiten der letzten zwanzig Jahre nicht schon zu einem wesentlichen Teil erreicht sei. Es liegt nun auch eine umfassende, in der Substanz vollständige Bestandesaufnahme des geschriebenen und ungeschriebenen Verfassungsrechts vor; man kennt mit wissenschaftlicher Präzision unsere Verfassungswirklichkeit und weiss, was der Verfassungstext bedeutet, was überflüssig ist, was wo fehlt und ergänzend hinzugedacht werden muss. Dieses Wissen hat — gewollt oder nicht — im weiteren politischen Prozess eine klärende und wegweisende Funktion — auch wenn dies nicht immer so offenkundig wird wie bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau, als man der Volksinitiative den entsprechenden Artikel aus dem Entwurf der Kommission Furgler gleich pfannenfertig als Gegenvorschlag gegenüberstellen konnte und damit Erfolg hatte. Der bisherigen Arbeit an der Totalrevision wäre also das gleiche Schicksal wie den Gesamtkonzeptionen für Energie, Verkehr und Medien beschieden, die sich alle nicht in politische Globallösungen umsetzen liessen, die aber trotzdem als breitangelegte Analysen und Synthesen sehr nützliche Grundlagen für die schrittweise politische Arbeit anboten.

In dieser Sicht wäre auch vom Versuch einer Umsetzung der in der Verfassungsdiskussion gewonnenen Erkenntnisse in einen gesamthaft neu zu konzipierenden und zu formulierenden Text kaum Erfolg zu erwarten. Zu sehr haben wir uns in den politischen Abläufen mit dem Vorbehalt des Referendums darauf eingestellt, dass jede Neuerung einzeln zur Diskussion

gestellt und zur Entscheidung gebracht wird, als dass nun plötzlich eine völlig neugestaltete Verfassung als einmaliges Abstimmungspaket akzeptabel wäre. Gerade weil die geltende Verfassung der schrittweisen Entwicklung so leicht zugänglich ist und weil sie sich gewissermassen in permanenter Teilrevision befindet, ist sie zwar ästhetisch verunstaltet worden, aber politisch à jour geblieben. Ein anderer Weg als eine dauernde Verfassungsrevision ist in dieser skeptischen Perspektive nicht realistisch — der Nutzen der Totalrevisionsdiskussion wäre vielmehr darin zu sehen, dass sie deren Möglichkeiten und Grenzen sichtbar gemacht hat und dass sie auch für künftige Partialrevisionen noch manche wertvolle Impulse liefert.

Möglichkeiten und Grenzen einer materiellen Revision

Eine überraschend klare Mehrheit beider Räte stellte die Bedenken bezüglich der Realisierungschancen — vorerst — beiseite; gestritten wurde in erster Linie darüber, ob die Verfassungsrevision nur eine «formale» sein dürfe oder eine «materielle» sein müsse. Der Disput war mehr geprägt vom routinemässigen parteipolitischen Schlagabtausch als von grundsätzlichen verfassungspolitischen Überlegungen. Zählt man ab, was pathetisch von Visionen und Utopien einerseits, von gefährdeten Grundwerten und Eckpfeilern anderseits geredet wurde, so bleibt als Kern der substantiellen Hoffnungen und Befürchtungen der schon fast legendäre Verfassungsentwurf von 1977, der von einer Expertenkommission unter der Leitung von Bundesrat Kurt Furgler erarbeitet worden war. Er hat aufgezeigt, was man sich seriöserweise unter einer materiellen Revision vorstellen könnte, ergänzt allenfalls durch den später erschienenen, mit ökologischen Komponenten angereicherten, im übrigen aber konventionelleren Entwurf der Professoren Jörg Paul Müller und Alfred Kölz. Der «Furgler-Entwurf», wie er in unzutreffender Verkürzung genannt wird, ist inzwischen zum Vorbild des linken und «fortschrittlichen» Lagers und zum Feindbild in konservativen bürgerlichen Kreisen emporstilisiert worden. Man vergisst dabei gerne, dass er sich als überaus anregende Diskussionsgrundlage für eine intensiv genutzte und ertragreiche Vernehmlassung erwiesen hat, deren Resultat — wenn man genau hinsieht — Möglichkeiten und Grenzen einer sogenannt materiellen Revision besser erkennen lässt, als es der für die Auswertung zuständige Dienst im Justiz- und Polizeidepartement darstellen wollte.

Versucht man die Leistung der damaligen Expertenkommission, der auch ein jetzt im Amt stehender Bundesrat sowie bürgerliche Parlamentarier und Staatsrechtler von Format angehörten, unvoreingenommen in Erinnerung zu rufen, so muss man anerkennen, dass die Aufgabe, Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit zur Synthese zu bringen, über weite Strecken hervorragend bewältigt wurde und dass die neben dem Grundrechtskatalog am stärksten einer zusammenhängenden Überarbeitung bedürfenden Bestimmungen über die Organisation des Bundes in eine massvoll die Grundstruktur renovierende zeitgemässe Form gebracht wurden. War es ein Zufall, dass am Tag nach der Verfassungsdebatte ausgerechnet von den bürgerlichen Fraktionen die originelle

Neuerung in der Ausgestaltung der Volksrechte, die Einheitsinitiative der Einführung der Gesetzesinitiative als Alternative gegenübergestellt wurde? Und war es ein Zufall, dass der von allen Parteigremien als Vernehmlassungsantwort genehmigte FDP-Verfassungsentwurf einen grossen Teil des Expertenentwurfs weitgehend übernahm?

Anstoss hatte im Entwurf der Kommission Furgler vor allem eine Idee erregt, die das Verhältnis von Bund und Kantonen einschneidend zu verändern drohte, mit allgemeinen Staatszielen und der Zuweisung von Verantwortungen anstelle der Ausscheidung von klar umschriebenen Befugnissen. Dies war der Ansatzpunkt für den ominösen Begriff der «offenen Verfassung», der die Diskussion dann belastete. Es bleibe dahingestellt, ob die Experten mit dieser Konzeption, die zweifellos eine Entwertung der Volksrechte mit sich gebracht hätte, nicht aus der Not eine Tugend gemacht hatten und der zähen Feinarbeit an der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ausgewichen waren — die Vernehmlassung hat überdeutlich gezeigt, dass mit einer derartigen Umschreibung des «Staates Schweiz» nicht weiterzukommen war. Wäre dies nach der Auswertung mit der nötigen Autorität klargestellt worden, dann hätten die Chancen einer uneingeschränkten, aber massgeschneiderten Revision besser, emotionsloser erkannt werden können.

Leitplanken — nicht Kosmetik

Das heisst aber nicht, dass die schliesslich gewählte Revision mit «Leitplanken» lediglich zu einer bloss kosmetischen «Redaktionslesung» der geltenden Verfassung «degenerieren» müsse, wie in überspitzter Polemik geargwöhnt wurde. Man hätte sich die an den Auftrag zur Ausarbeitung eines konkreten Verfassungsentwurfs geknüpften Auflagen inhaltlich präziser wünschen mögen, so wie es Ständerat Riccardo Jagmetti und Nationalrätin Vreni Spoerry vorschlugen, mit Grundsätzen zu den verfassungsmässigen Rechten, der Kompetenzabgrenzung, der Bindung der Bundestätigkeit an Verfassungsbestimmungen, den politischen Rechten und der Behördenorganisation. Die nun gutgeheissenen «Leitplanken» schränken den Auftrag ein auf das Nachführen des geltenden geschriebenen und ungeschriebenen Verfassungsrechts, eine verständliche Darstellung und systematische Ordnung des Verfassungsinhalts und eine Vereinheitlichung von Dichte und Sprache. Doch dürfen diese «Leitplanken» nicht mit Barrieren verwechselt werden. Sie führen zunächst zu den bekannten Mängeln des geltenden gewachsenen und teils überwucherten Verfassungstextes, zu einer Entrümpelung da, wo er «formal» keinen entsprechenden «materiellen» Gehalt mehr deckt, zu einer Präzisierung dort, wo die Sprache nicht mehr verständlich macht, was materiell gemeint ist. Das allein ist schon mehr als Kosmetik, wenn man sprachliche Gestaltung nicht nur als Deklamation und schöne Verzierung, sondern als exakte Benennung von Sachverhalten begreift, die nicht nur dem Staatskundeunterricht, sondern auch dem Politiker und dem Juristen dient. Und das Nachführen, die Erfassung des ungeschriebenen Verfassungsrechts, die Kodifizierung dessen, was sich in der Praxis der Rechtsanwendung und der Rechtsprechung herausgebildet hat, ist nicht weniger als

eine schöpferische Leistung, die hohen und umfassenden Sachverstand und die Gabe der das Wesentliche treffenden Abstraktion verlangt. Werden damit manche politischen Erwartungen bereits überstrapaziert? Das bleibt abzuwarten. Entscheidend wird sein, was an fachlicher Kompetenz und politischer Souveränität in diese «Übung» investiert wird.

Hinzu kommt die ausdrückliche Ermächtigung an Departement und Bundesrat, parallel zum Entwurf auch materielle Neuerungen, wenigstens in der Form von Varianten, vorzuschlagen. Das Beispiel der Einheitsinitiative ist bereits im politischen Alltag wirksam geworden. Auch wird man nicht darum herumkommen, die zahlreichen Begehren für Verfassungsänderungen, die vom Bundesrat, vom Parlament, durch Volksinitiativen bereits auf die Traktandenliste gesetzt wurden oder im Verlauf der Revisionsarbeiten noch auf den Tisch gelegt werden, in die Prüfung einzubeziehen und aus dem Zusammenhang eines Gesamtentwurfs heraus Lösungsvorschläge bereitzustellen. Nicht nur die oft zu gering eingeschätzte Dynamik der Sprache, auch die nicht aufzuhaltende Bewegung des politischen Betriebs verwischen die säuberliche Unterscheidung von formalen und materiellen Revisionsvorstellungen.

Beschränkung als Chance

Würdigt man die Überlegungen, die zu jeder dieser drei Positionen angestellt werden können, so wird man sich billiger Pauschalurteile enthalten. Die geltende Verfassung hat bei allen Mängeln den Vorzug, dass sie für politische Entwicklungen auch ohne Totalrevision offen bleibt. Anderseits könnte in der Hektik des politischen Betriebs, im Dauerstress, dem unsere politischen Institutionen ausgesetzt sind, ein klärendes Ordnen der Rechte und Zuständigkeiten und ein Schleifen der institutionellen Instrumente, wie dies wohl nur eine Totalrevision möglich macht, eine wohltuende Entspannung bringen. Zudem wirft allein schon die vertiefte Auseinandersetzung mit den Grundlagen des Staatswesens für die Beteiligten einen nicht zu unterschätzenden immateriellen Gewinn ab. Das haben die bisherigen Vorarbeiten und das haben auch die durchwegs erfolgreichen kantonalen Verfassungsrevisionen bewiesen.

Zum positiven Beschluss beider Kammern hat Bundesrätin Elisabeth Kopp mit ihrem beharrlichen Engagement einiges beigetragen. Sie hat übertriebene Erwartungen gedämpft und die Skeptiker durch nüchternen Realitätssinn und sachlichen Optimismus ermuntert. Beides wird auch beim Vorhaben einer «sanften» Renovation nötig sein, um die Eigendynamik, die jeder intensiven Beschäftigung mit einem intellektuell reizvollen Grossprojekt dieser Art eigen ist, unter Kontrolle zu halten.

Die Leitplanken, die zwar aus anderen Gründen gesetzt wurden, werden dabei hilfreich sein. Denn die klare Unterscheidung von formalen und materiellen Revisionsbestandteilen wird auch die schwierigen Verfahrensprobleme lösbarer machen. Was kann, wie verfassungsmässig vorgesehen, in einem Gesamtpaket, was muss allenfalls in Eventual- oder Variantenentscheiden vor, mit oder nach einer Totalrevision entschieden werden?

Und die Leitplanken können schliesslich das Parlament, wenn es

sich dann endlich inhaltlich mit einem konkreten Verfassungsentwurf auseinandersetzen muss, in die Pflicht nehmen. Es hat — zwar offensichtlich mit unterschiedlichen Motiven — einen eingeschränkten, damit aber auch präzisierten Auftrag erteilt. Ein einmal oder gar zweimal erneuertes Parlament wird mit dem Ergebnis konfrontiert werden. Bleibt zu hoffen, dass die jetzt durchexerzierte Bescheidung auf das Realisierbare dannzumal honoriert wird durch den Mut, der tatsächlichen Verfassung unseres Landes in einer erneuerten Bundesverfassung zeitgemässen Ausdruck zu geben. Das wäre nicht der Aufbruch zu neuen Ufern, aber immerhin ein willkommener Ausbruch aus den Verkrustungen eines nicht mehr über alle Zweifel erhabenen politischen Alltags.

Ulrich Pfister

Frankreichs «Engagierte» — von gestern und heute

Vom «Sartron» zum «Volksgeist»

Auch in deutscher Sprache ist über die weltberühmten Engagierten von gestern — Jean-Paul Sartre, Albert Camus, — sehr viel gedruckt worden. Über Raymond Aron, dessen Denken viel später aber nachhaltig Einfluss gewann, gibt es nunmehr das Buch von Joachim Stark, «Das unvollendete Abenteuer» (Königshausen-Neumann, Würzburg 1986). Die Zitate sind nicht übersetzt, ebensowenig die Gespräche des Verfassers mit Aron, die 25 Seiten füllen. So ist auch dieses deutsche Buch nur für Leser, die französisch verstehen. Die werden mit dem soeben erschienenen Buch von Etienne Barillier «Les petits camarades» (Julliard/ Age d'homme) keine Mühe haben.

Der Titel spielt auf eine gemeinsame Démarche der beiden einstigen Mitschüler der Ecole Normale Supérieure an, die sich damals als «Mein kleiner Kamerad» anredeten und die, vom «neuen Philosophen» Glucksmann geführt, gemeinsam beim Präsidenten der Republik Giscard d'Estaing für die Aufnahme der «boat people» aus Vietnam plädierten. Es war die erste Zusammenkunft nach Jahrzehnten der einst engbefreundeten und später gründlich entzweiten «Grossintellektuellen».

Nachträglich mag das sogar wie eine Vorwegnahme der sogenannten Cohabitation zwischen Mitterrand und Chirac wirken. Man sprach darüber, als habe sich eine Freundschaft erneuert und ein Konsens hergestellt, was nicht zutraf. Zwar hatte Sartre von seinen Hoffnungen auf revolutionäre Regime längst Abstand genommen, doch blieben es zwei Welten. Aron bewunderte den Denker Sartre, der seinerseits an Aron überhaupt nichts zu bewundern fand und im Mai 1968 erklärte, Aron habe die Ehre verwirkt zu unterrichten, denn er habe sich nicht mit dem Aufstand der Studenten identifiziert. Sartres später einen Band füllende Gespräche mit Benny Levy, der sich Victor nannte und der sich von Mao und Mai zur jüdischen Tradition hin

gewandelt hatte, haben Aron, wie er Joachim Stark mitteilte, angewidert. Das sei gar nicht Sartre, sondern nur die ekelhafte Manipulierung eines physisch und geistig Geminderten.

Barillier ist an der Verwandtschaft zwischen Sartre und Aron noch mehr interessiert als an ihrem doch radikalen Gegensatz. Sein Essay ist anregend, überraschend, auch profund. Scharf kritisiert er bei Gelegenheit die monumentale, aber unkritische Sartre-Biographie von Annie Cohen-Solal (Gallimard).

Sartres Zugang zur Welt, meint Barillier, sei zutiefst literarisch, seine Politik eine Ethik, die wiederum eine Ästhetik sei. Als Künstler, der etwas Neues schafft, habe Sartre die Welt, wie er sie vorfand, verneint, als jenes «Nichts», zu dem der Künstler das «Sein» beifügt. Aron dagegen sei der Nicht-Literat. Sartres «einziger Fehler» sei, dass er für objektiv begründet hielt, was in seinem scheinbar politischen Werk immer nur Literatur war.

Da ist anzumerken, dass viele Schriften Sartres keine literarische Qualität haben, auch nicht anstreben, und dass es nicht wesensmässig zum Künstler gehört, die Welt zu richten und zu nichten. Sartre bot politische Meinungen und Losungen, die als solche grossen Einfluss hatten und sich von seinen philosophischen und literarischen Schriften unterscheiden. Barillier hält Sartre zugut, er habe ständig den Dialog zwischen Freiheit und Notwendigkeit offengehalten. Die Verherrlichung von Gewalt und Schrecken und die verfrühten Synthesen entsprechen nicht dieser These. «Man darf Sartre nie beim Wort nehmen», schreibt Barillier. Zu einem angeblich ganz vom Literarischen bestimmten Autor will das nicht recht passen.

Für Sartre musste der Intellektuelle radikal sein und immer den Bruch, den Schnitt bevorzugen. Da war kein Raum für die Anerkennung eines politischen Denkers wie Aron, der auch den Kompromiss einbezog. Der galt Sartre als einer, der nur seine Privilegien verteidigt. Wenn Barillier den politischen Sartre ein wenig schont und schönt, schreibt er doch treffend. «Der Rückgriff auf die literarische Sprache in einem Zusammenhang, der sich für philosophisch und rational ausgibt, ermöglicht Sartre, dem Leser politische Abirrungen aufzuzwingen.»

Doch da ist ein anderes Paradox: Aron sah in seinem ersten grossen Werk über Geschichtsphilosophie, das Sartre beeinflusst hat, die Grenzen der Rationalität in der Geschichte und in ihrer Deutung. Sartre hingegen traute sich zu, geschichtliche Vorgänge wie auch Personen — Gustave Flaubert! — «total» zu erkennen. Er traute dem Rationalismus und seiner Methode mehr zu, als sie leisten können. So ist Aron der Rationalist, weil er Erkenntnisse relativiert, Sartre hingegen ist der Mystiker der totalen Vernunft, die als solche keine Vernunft ist.

*

Der Romancier *Roger Grenier* war mit Albert Camus eng befreundet. «Albert Camus, Sonne und Schatten» heisst das bei Gallimard erschienene Buch, das im Anekdotischen zurückhaltend ist, aber die Kindheit und Jugend in Algerien des Schriftstellers sehr genau darstellt und alle Werke treffend charakterisiert. Insbesondere kommt Camus als Mann des Theaters zur Geltung, als Entdecker, Übersetzer, Bearbeiter, Regisseur, Schauspieler. Da sind spanische Stücke der Renaissance, da ist aber auch Dino Buzzati, William

Faulkner, Dostojewski. Camus war, als jener Autounfall sein Leben auslöschte, im Begriff, das Theater Récamier zu übernehmen und dachte unter anderem an Autoren wie Italo Svevo und Witold Gombrowicz. Sein Horizont war weit, sein Urteil sicher, keineswegs vom Stil der eigenen Bühnenwerke abhängig. Grenier bringt als erster den Förderer und Mittler Camus zur Geltung. Die Verehrung bestimmt Grenier vom «Mensch in der Revolte» zu schreiben, die Zeitgenossen seien für dieses Buch «nicht reif» gewesen; er bedenkt nicht, dass Einwände gegen dieses bedeutende Werk auch triftig sein mochten.

Czeslaw Milosz schrieb nach Albert Camus' Tod, unter französischen Schriftstellern sei ihm nur dieser nach dem Bruch mit dem polnischen Regime brüderlich begegnet. Auch in dieser Hinsicht war Camus ein Förderer, mehr «solidaire» als «solitaire».

*

Zwei Essays von Generationsgenossen stehen in eigentümlich komplementärem Verhältnis zueinander. *Bernard-Henri Levy* veröffentlicht ein «Lob der Intellektuellen» bei Grasset, dem Verlag, in welchem er als Autor und Herausgeber den «Nouveaux philosophes» zum Durchbruch verhalf. *Alain Finkielkraut* veröffentlicht bei Gallimard «La défaite de la pensée» (Die Niederlage des Denkens). Die Titel könnten einen Gegensatz vermuten lassen, doch ein solcher ist es nicht. Bernard-Henri Levy bemerkt, dass man die Intellektuellen zum Schweigen verdonnert, wenn sie reden, und sie anherrscht zu reden, wenn sie schweigen. B.H.L. — er wird mit diesen Initialen bezeichnet und ist damit als Kultfigur kenntlich — verweist ebenfalls auf die Begegnung zwischen Sartre und Aron: man habe sich aus den beiden Kontrahenten eine Doppelgestalt geschaffen, die er den «Sartron» nennt. Es gelte nunmehr als die Pflicht der Intellektuellen, miteinander einig zu sein, statt zu diskutieren — als sei das einstimmige Denken noch ein Denken. B.H.L. beklagt einen Rückzug der Analyse. Nunmehr könne jeder bekannte Schauspieler oder Chansonnier genau das leisten, was bisher von Intellektuellen erwartet wurde.

Die Entkolonisierung, schreibt B.H.L. — das gleiche Thema nimmt bei Finkielkraut mehr Raum ein —, habe erstaunlicherweise zu einer Kulturdämmerung geführt, wo doch eine grosse Erweiterung unseres kulturellen Horizontes erwartet wurde. Nunmehr bekennen wir uns zur Gleichwertigkeit aller Zivilisationen, aber damit auch zur Relativierung aller Werte. Die Exzision der Klitoris, das Steinigen der Ehebrecherinnen, seien nunmehr achtenswerte kulturelle Eigenarten, die «habeas corpus»-Akte hingegen eine rein westliche Angelegenheit. Die Kultur sei nicht mehr abstrakt und universal, doch was sonst ist sie? Mit der Heiligsprechung jedes Brauchs entstehe mit umgekehrten Vorzeichen ein neuer Rassismus.

Ein Abschnitt ist betitelt: Das Elend der Engagiertheit. Möge der Intellektuelle sich engagieren, aber er dürfe daraus keine Religion machen. B.H.L.s Plädoyer für das Fernsehen wird begründet: «Das Fernsehen lügt nicht.» Öffentliche Persönlichkeiten würden hier so erkennbar wie ein offenes Buch; allerdings ist B.H.L. selber in diesem Medium zuhause, man sieht und hört ihn gerne. Was an seinem brillanten Essay stört, ist die selbstbewusste Sprache eines «Tonangebenden», dem jede

Neigung zur Selbstironie abgeht, wie man sie einem Intellektuellen, der das Lob der Intellektuellen singt, gewünscht hätte. Für den Stil gilt wie für das Fernsehen: Er lügt nicht.

Alain Finkielkraut geht in der historischen Analyse weiter. Es ist nicht eine andere Richtung, aber eine andere Nachdenklichkeit. Er weist nach, wie in der UNESCO die Doktrin der universalen Kultur und das Bekenntnis zu den Menschenrechten sich gewandelt haben zur Heiligsprechung aller «Volksgeister». Die geht zusammen mit der Missachtung des kritischen Individuums, das nicht nur eine Stimme der Kollektivität sein will. In Anklang an Freud nennt das der Autor: *«Wo ich war, soll wir werden.»* Das sei die unheilbare Krise der UNESCO, über alle besonderen Ärgernisse hinaus.

Finkielkraut geht ein auf den Streit um 1871 zwischen deutschen und französischen Historikern um die Legitimität der Annexion von Elsass-Lothringen; der spielte sich vor allem zwischen den beiden Jesus-Biographen David Strauss und Ernest Renan ab. Strauss pochte auf das Volkshafte, die Sprache, die Überlieferung. Ein deutscher Stamm gehöre zu Deutschland, auch wenn die gegenwärtigen Elsässer das anders entscheiden würden, wenn sie dürften. Dem Volkskörper gehöre die Priorität. Renan machte geltend, die Nation sei eine Willensgemeinschaft, ein Plebiszit jedes Tages. Deutschland selber werde dereinst unter der Anwendung des Volksprinzips zu leiden haben.

Das ist bekannt, doch Finkielkraut erinnert, dass Renan wie sein Mitstreiter Fustel de Coulange von der deutschen Geschichtswissenschaft kamen und sich erst in diesem Fall mit ihr kritisch auseinandersetzten. Renan, Historiker der Hebräer und der frühen Christen, hatte einst geschrieben: «Der semitische Geist verengert das Gehirn, er ist eine minderwertige Kombination der Natur.» So identifizierte er abwertend unveränderliche Volksgeister. Wo war da Platz für die freie Entscheidung der Bürger, wer sie sein wollten? Renan brach also nicht nur mit Strauss, er brach zugleich mit dem vorhergehenden Renan; das galt ebenso für Fustel. Mit Maurice Barrès kamen die Dinger wieder «in Ordnung». Der Lothringer identifizierte die Nation mit der Erde und den Toten. Da war wiederum die traditionelle Verwurzelung das einzige Kriterium.

Da ist auch ein Hinweis auf den Wandel Goethes. Der junge Jurist in Strassburg bejubelte den «deutschen» Charakter der Gotik. Der alte Goethe bemerkte, dass ein chinesischer Roman ihn nicht befremdete und dass es über alle von Herder gerühmten «Volksgeister» hinaus eine gemeinsame Weltliteratur gab. Es ist also die neue Kollektivierung der Kultur, vor der «Die Niederlage des Denkens» warnt. Nunmehr müsse der Freiheit der Individuen, die viele Intellektuelle aller Observanz unter andern Vorzeichen verkennen, der Vorrang gegeben werden.

François Bondy

Reagans Wirtschaftspolitik und ihre Kosten

«Verantwortungsdefizit» des Präsidenten und des Kongresses

Die Ära Reagan neigt sich vorzeitig ihrem Ende zu. Der Verlust der Senatsmajorität im vergangenen November und die gleichzeitig ausgebrochene Iran-Krise haben die Administration unübersehbar geschwächt. Im Bereich der Wirtschaftspolitik wurden zwar pflichtschuldig für den Verlauf der letzten Amtsperiode noch einmal zwei grosse innenpolitische Initiativen auf die Agenda gesetzt. Mittlerweile erweist sich jedoch, dass das Weisse Haus weder in der Handels- noch in der Budgetpolitik das Szepter in der Hand hat. Noch in diesem Herbst will der Kongress ein Handelsgesetz verabschieden, das in entscheidenden Punkten den Intentionen der Administration zuwiderläuft und gegen das der Präsident aller Wahrscheinlichkeit nach sein Veto einlegen muss. Aus der gegenwärtigen Perspektive muss indessen offenbleiben, ob die anti-protektionistische Position Reagans die direkte Konfrontation mit dem Kongress überleben wird. Aber auch die seit sechs Jahren angekündigte und jetzt erneut wieder auf das Tapet gebrachte Reform des Budgetprozesses dürfte auf der Strecke bleiben. Reagans Forderung nach einem konstitutionellen Amendment, mit dem der Haushaltsausgleich in der Verfassung zwingend verankert würde, hat ebenso wenig Chancen auf Verwirklichung wie die seit Jahren erhobene Forderung nach einem «line item veto», das dem Präsidenten die Streichung von Einzelgesetzen und damit eine bessere Kontrolle des Budgetprozesses gestatten würde. Das heisst natürlich auch, dass der bisher erzielte Fortschritt in der Haushaltskonsolidierung schwer zu retten sein wird. Selbst wenn der Kongress im Wahljahr 1988 wider Erwarten keine neuen Ausgabenprogramme beschliessen sollte, dürfte das Budgetdefizit schon auf Grund der wahrscheinlichen konjunkturellen Verschlechterung wieder steigen, nachdem es im laufenden Haushaltsjahr — erstmals seit dem Amtsantritt Reagans — unter den Stand des Vorjahres fallen könnte. Der zunächst für 1984 und seither immer wieder von neuem versprochene Haushaltsausgleich bleibt somit auch zum Ende der Ära Reagan reines Trugbild.

Wirtschaftspolitische Neubesinnung ...

Reagans wirtschaftspolitisches Programm war von Anfang an als «revolutionär» verkauft worden. «Reaganomics» versprach nichts weniger als den völligen Neubeginn. Tatsächlich sollte sich der Bruch mit der vergangenen Entwicklung jedoch als marginal erweisen. Am Ende blieb der Pragmatiker Reagan in der Umsetzung seiner Politik hinter den Versprechungen des Wahlkämpfers und Ideologen zurück. Dennoch weist das wirtschaftspolitische Legat der Ära Reagan weit über die Amtszeit des 40. Präsidenten der USA hinaus. Eine spätere Administration und ein anderer Kongress werden dereinst das Ziel der Haushaltskonsolidierung verfolgen und gleichzeitig mit den Folgen einer massiven Auslandsverschuldung fertig werden müssen.

Zum Ende der siebziger Jahre domi-

nierten Stagflation und Dollarschwäche. Anders als etwa die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz waren die USA von den beiden Erdölschocks schwer gezeichnet worden. Wie in den übrigen Industrieländern erfuhr der Wachstumstrend der Nachkriegszeit eine deutliche Zäsur. Was jedoch von Präsident Carter allzu vordergründig als Ausfluss der Energiekrise apostrophiert wurde, erwies sich am Ende als Resultat makro-ökonomischer Fehlsteuerungen.

Die Überforderung des wirtschaftlichen Systems setzt allerdings bereits zur Mitte der sechziger Jahre ein, als die «Great Society» und der Krieg in Ostasien letztlich über inflationäre Geldschöpfung finanziert wurden. Dies unterhöhlte den Dollarstand der Nachkriegsjahre und führte zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems. Die amerikanische Geldpolitik blieb aber auch nach 1973 auf Inflationskurs. Nach einem vorübergehenden Höhepunkt von 12,2% im Jahr 1974 konnte zwar die Teuerung bis 1976 wieder auf 4,8% gedrückt werden. Unter Carter wurden dann aber von Jahr zu Jahr höhere Inflationsraten ausgewiesen, wobei 1979 mit 13,3% der absolute Nachkriegsrekord erreicht wurde. Dabei erwies sich bald einmal, dass ein Mehr an Inflation keineswegs zu weniger Arbeitslosigkeit führte, wie dies auf Grund der «Philipps-Relation» erwartet worden war. Ganz offensichtlich galt die in den fünfziger Jahren entdeckte Beziehung, die einen inversen Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit postuliert, jetzt nicht mehr.

Der Zusammenbruch der Phillips-Relation — von Milton Friedman und anderen bereits 1967 antizipiert — steht denn auch am Beginn der wirtschaftspolitischen Neubesinnung. In seinem bahnbrechenden Beitrag, der durch die nachfolgenden Stagflationsjahre bestätigt werden sollte, hatte Friedman korrekt vorhergesehen, dass es einer letztlich inflationären Beschäftigungspolitik nicht gelingen könne, die Arbeitslosenquote auf Dauer unter einen bestimmten Gleichgewichtswert (die Ökonomen sprechen von der «natürlichen Rate der Arbeitslosigkeit») zu drücken. Das Beschäftigungsgleichgewicht, so lautete seine These, kann bestenfalls kurzfristig über die Veränderung der Gesamtnachfrage manipuliert werden. Langfristig hängt es jedoch allein von den herrschenden Angebotsbedingungen ab. Damit zielte Friedmans Kritik ins Zentrum der bis dahin tradierten Lehre. Noch in den sechziger Jahren schien die Feinsteuerung des Konjunkturzyklus auf die Frage nach dem geeigneten Instrumentarium reduziert worden zu sein. Keynes hatte dafür mit seiner «Allgemeinen Theorie» den intellektuellen Grundstein geliefert, der dann zusammen mit dem Gedankengut der Klassiker von den beiden Nobelpreisträgern Paul Samuelson und John Hicks zur umfassenden «neoklassischen Synthese» ausgebaut wurde. Und nun behauptete Friedman (und nach ihm ein ganzes Heer von Ökonomen), dass der Arbeitslosigkeit weder mit Geld- noch mit Fiskalstimuli beizukommen sei. Die wirtschaftspolitisch dominante Doktrin der Nachkriegszeit war zusammengebrochen, und das Richard Nixon zugeschriebene Diktum «We are all Keynesians now» (1972) sollte seinen Autor bald danach Lügen strafen.

Es dauerte dann allerdings noch einmal zehn Jahre, bis aus dieser theoretischen Einsicht praktische Konsequenzen gezogen wurden. Erst zum Ende

der siebziger Jahre konzediert die Wirtschaftspolitik, dass Preisstabilität und Vollbeschäftigung auf die Dauer nicht garantiert werden konnten. Gegenüber der hartnäckigen Stagflation erwiesen sich die klassischen Mittel der Geld- und Fiskalpolitik als wirkungslos. Interventionismus und Feinsteuerung schienen ein für allemal diskreditiert zu sein. Der Staat hatte in der Konjunkturpolitik nichts mehr zu suchen, bestenfalls konnte er optimale Rahmenbedingungen für gedeihliches Wachstum und Vollbeschäftigung bereitstellen. An die Stelle der Nachfragesteuerung rückte die Förderung der Angebotsseite. Die «Supply Siders» bestimmten jetzt die wirtschaftspolitische Debatte, wobei sie ihre Skepsis gegenüber Staatseingriffen von der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik auch auf andere Bereiche übertrugen. Die neo-konservative Bewegung der siebziger Jahre stellte den «New Deal» Roosevelts zum erstenmal fundamental in Frage. Um aus Reagans Inauguraladresse von 1981 zu zitieren: *«Government is no longer the solution to our problem; government is the problem».*

In diesem Umfeld versprach Reagans Präsidentschaftskampagne eine Alternative. Carter — und mit ihm der demokratische Konsens der sechziger und siebziger Jahre — war sichtlich am Ende seines Lateins angelangt. Die Frage Reagans: «Seid ihr heute besser dran als vor vier Jahren?» war einfach zu beantworten. Der «Miseren-Index» (errechnet als Summe von Inflationsrate und Arbeitslosenquote) war in den vier Carter-Jahren von 12,4% auf 19,4% gestiegen. Die Inflation liess die bescheidenen nominellen Einkommensgewinne schmelzen wie Schnee an der Märzensonne, und sie trieb die Zinsen in zuvor unerreichte Höhen. Müheloser Konsumkredit war ein Ding der Vergangenheit; der Traum vom Eigenheim für die soeben erwachsen gewordene Baby-Boom-Generation ausgeträumt. Unter dem Strich und wenn alle Rechnungen bezahlt waren, stand die Mehrheit der Amerikaner 1980 schlechter da als vor dem Ausbruch der ersten Erdölkrise 1973. Dazu kamen die aussenpolitischen und aussenwirtschaftlichen Tiefschläge. Neben dem Fernsehdrama «Geiselkrise in Iran» musste sich der Amerikaner praktisch mit jedem Tag den Niedergang der einstigen Wirtschaftsmacht USA ansehen. Unter Carter fiel der Dollar in den Keller, und zuletzt konnte die Krise nurmehr durch den Bettelgang zu den befreundeten Zentralbanken der Industrieländer und die Emission von «Carter-Bonds» abgewendet werden.

Reagans «Wirtschaftspolitik der Freude» (Herbert Stein) versprach demgegenüber Retablierung der einstigen Grösse, Rückkehr zu Wachstum und Preisstabiltät. Wie Carter ritt auch Reagan auf einer Anti-Establishment-Welle ins Weisse Haus. Aufs Korn wurden jedoch diesmal nicht die «Insider» in Washington genommen, gegen die Carter und seine «Georgia-Mafia» vier Jahre lang gekämpft hatten, sondern der aufgeblähte Staatsapparat und eine überbordende Bürokratie (Big-Government). Die Wähler brauchte Reagan kaum zu überzeugen. Sie wollten den Neubeginn; das Elend der Carter-Jahre hatten sie reif für den Wechsel gemacht.

... mit internationaler Ausstrahlung

In seinem eigentlichen Programm blieb dann Reagan allerdings diffus.

«Supply Siders» und Monetaristen stritten sich zwar hartnäckig um den determinierenden Einfluss auf den Kandidaten Reagan, und die Auseinandersetzung zog sich bis weit in die erste Amtszeit der neuen Administration hinein. «Reaganomics» — von George Bush, der damals Reagans Rivale war, despektierlich «Voodoo-Economics» genannt — bot jedoch zunächst wenig mehr als ein Sammelsurium an Rezepten aus der konservativen Mottenkiste. Dazu gehörten das Bekenntnis zur gesunden Währung und konsequenten Inflationsbekämpfung sowie die Forderung nach Haushaltskonsolidierung und Steuersenkung. Die Monetaristen identifizierten sich mit der Anti-Inflationspolitik, die ihrer Meinung nach nur über eine Verstetigung der Geldpolitik zu erreichen war, während sich die Supply Siders der Steuersenkungskampagne verschrieben hatten. Dazu kamen, als flankierende Massnahmen und in Erfüllung der Parole «weniger Staat», Deregulation und Reprivatisierung sowie die Forderung nach einer etwas flexibleren Wettbewerbspolitik.

Den entscheidend neuen Akzent jedoch setzten die Supply Siders in der Steuerpolitik. Sind für den Keynesianer Steuersenkungen identisch mit Nachfragestimulierung, so geht es jetzt der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik in erster Linie um eine leistungsfördernde Neuverteilung der Steuerlast. Der Abgabedruck des Staates, so lautet das Argument der Supply Siders, lähmt private Initiative und verhindert die volle Entfaltung des wirtschaftlichen Leistungspotentials. Im Zentrum der Therapie steht die Senkung der marginalen Steuersätze, damit sich Leistung wieder lohnen konnte. In die gleiche Richtung zielt die flankierend empfohlene Reduktion der ‹direkten› Einkommenssteuern, kompensiert durch die höhere (indirekte) Belastung des Konsums.

Die Eckpunkte dieses Programms gehören heute zum festen Bestandteil der internationalen Diskussion. Reagan wurde an seinem ersten Wirtschaftsgipfel in Williamsburg von seinen Kollegen zwar noch nicht milde belächelt, aber bereits die nächsten Gipfelcommuniqués zeugen vom Einfluss der Supply Siders. Die Amerikaner legten ihren Finger immer wieder auf die strukturellen Verkrustungen in Europa, und es wäre nicht überraschend, wenn nach ein paar Jahren der Dollarbaisse das vorübergehend vergessene Schlagwort der «Eurosklerose» wieder die Runde machte. In einem Bericht an die jüngste Ministerkonferenz vom vergangenen Mai beziffert der Stab der OECD allein die steuerlich bedingten Wachstumsverluste im Raum der OECD mit drei bis fünf Prozentpunkten. Und zur Korrektur empfiehlt die OECD: Reduktion der Grenzsteuersätze, Aufhebung von Steuerungleichheiten für vergleichbare Tatbestände sowie Abbau der direkten zu Gunsten der indirekten Besteuerung.

Fehlentwicklungen im Innern ...

«Richtig» konzipiert muss eine angebotsorientierte Steuerreform nicht notwendigerweise zu einer Reduktion des Steueraufkommens führen. Das Beispiel der zweiten grossen US-Steuerreform von 1986 zeigt, dass ein Grossteil der antizipierten Einnahmenausfälle — zumindest konzeptionell — über die Verbreiterung der Steuerbasis (Streichung von Abzugsmöglichkeiten und

Freibeträgen) wieder hereingeholt werden kann. Nur wenn der Abgabedruck zum vornherein als zu hoch und leistungshemmend empfunden wird, plädieren auch Supply Siders für die Reduktion der Steuerlastquote, wobei dann entsprechende Steuerausfälle in Kauf genommen würden.

Was jedoch dem steuerpolitischen Programm Reagans das Attribut Voodoo-Economics eintrug, war das vielleicht allzu naive Vertrauen in die befreienden Kräfte einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Für die Falken in der Administration gab es nicht die geringsten Zweifel an den enormen Wachstums- und Einkommenswirkungen der vorgesehenen Steuersenkungen. Die theoretisch zwar unanfechtbare, empirisch jedoch schwer zu validierende «Laffer-Kurve» musste als Beweis für die Selbstfinanzierung von Steuersenkungen herhalten. Da der moderne Steuerstaat bereits am absteigenden Ast der Kurve angelangt war, musste eine Steuersenkung zu mehr und nicht zu weniger Einnahmen führen. Für die meisten Supply Siders waren darum Budgetdefizite (die es nach dem Kanon der Konservativen in jedem Falle zu vermeiden galt) schlicht undenkbar. Paul C. Roberts, der als Assistenzsekretär unter Donald Regan im Schatzamt an massgeblicher Stelle für die Konzeption der ersten Steuerreform zeichnete, schiebt denn auch heute noch der Hochzinspolitik Paul Volckers und der dadurch ausgelösten Rezession von 1982 die Schuld am «Scheitern» der angebotsorientierten Steuerpolitik zu.

Dennoch gibt es keine einfachen Erklärungen für das Entstehen der massiven Budgetdefizite. Zweifellos hat die zunächst kontraktive Geldpolitik des Federal Reserve (Fed) den Supply Sidern das Leben schwer gemacht. Die Hochzinspolitik des Fed führte 1980 und dann noch einmal 1982 zu einer Rezession. Als (erwünschte) Nebenwirkung dieses Einbruches sollten sich jedoch die Inflation und — wichtiger noch — die Inflationserwartungen schneller und weit nachhaltiger zurückbilden, als selbst in den Reihen der Administration erwartet worden war. Nach 1982 blieb die Teuerung unter 4%, und erst in diesen Tagen — bei Inflationsraten in der Gegend von 5% — scheint das Ziel der Geldwertstabilität wieder verletzt zu werden. Es ist allerdings unredlich, wenn Supply Sider den unerwarteten Erfolg an der Teuerungsfront für das Fiasko der Budgetpolitik verantwortlich machen. Es stimmt zwar, dass sich das geringe nominelle Einkommenswachstum beim Fiskus nach 1982 in erheblichen Mindereinnahmen niederschlug; anderseits blieben aber auch, wie aus der Entwicklung des Pentagon-Etats hervorgeht, die effektiven Ausgaben hinter den Planansätzen zurück.

Ebenfalls problematisch ist es, die Entstehung der Budgetdefizite allein mit der ersten Steuersenkung von 1981 oder dem Ausbau des Militärhaushaltes begründen zu wollen. Tatsächlich fiel die Steuerlastquote (Steuereinnahmen in Prozent des Bruttosozialprodukts), die 1981 mit 20,1% ein Nachkriegshoch erreicht hatte, bis 1986 auf 18,5%. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Steuereinnahmen 1981 inflationär überhöht waren (Zugriff der kalten Progression). Mit der Reform von 1981 wurde die kalte Progression ausgemerzt, und seither bewegt sich die Steuerlastquote wieder auf dem langjährigen Durchschnitt der sechziger und siebziger Jahre. Reagan ist es jedoch parallel

dazu nicht gelungen, die Ausgabenseite im gleichen Rhythmus zu beschneiden. Der Anteil der Bundesausgaben am BSP kletterte zwischen 1978 und 1986 vielmehr von 21,1% auf 23,8%, wobei der Anteil der Verteidigungsausgaben am BSP um 1,8 Prozentpunkte auf 6,6% und die Zinslastquote um 1,7 Prozentpunkte stiegen. Zurückgeführt (und zwar um 1,8 Prozentpunkte) wurden demgegenüber zahlreiche nichtmilitärische Ausgabenprogramme, während der weite Bereich der Alters- und Krankenfürsorge (plus 1,2 Prozentpunkte) unangetastet blieb.

An der Bewertung dieser Entwicklungen scheiden sich die Geister. Erste Priorität hatte für Reagan die Reduktion der Steuerbelastung und die Stärkung des Militärsektors, der unter Carter empfindlich geschwächt worden war. Beide Ziele wurden erreicht, wenngleich der Anteil der Verteidigungsausgaben noch immer deutlich unter den ehemaligen Höchstwerten der Vietnam-Ära (die wohl nicht als Referenzperiode gelten kann) liegt. Von daher ergeben sich Randbedingungen, denen jede Haushaltskonsolidierung zu genügen hat. Steuererhöhungskompromisse werden (vorderhand noch) abgelehnt, da sie in der Vergangenheit nie zur Reduktion der Defizite, sondern zur Finanzierung neuer Ausgaben herangezogen worden waren. Reagan beruft sich in dem Zusammenhang immer auf den «wortbrüchigen» Kongress, der sein Versprechen von 1982, Steuererhöhungen in die Haushaltskonsolidierung fliessen zu lassen, gebrochen habe. Aber auch allzu weitreichende Attacken auf den Pentagonhaushalt stehen für die Administration auf der Tabuliste. Dem Kongress ist es allerdings in den letzten Jahren gelungen, das Wachstumstempo im Verteidigungsbereich zu bremsen, so dass sich der Anteil der Wehrausgaben im weiteren Zeitablauf wieder zurückbilden dürfte.

... und im Äussern

Was auch immer Ursache der Budgetdefizite gewesen sein mag, es besteht heute kein Zweifel, dass der makroökonomische «Policy Mix» der letzten Jahre auch für die aussenwirtschaftlichen Ungleichgewichte verantwortlich gemacht werden muss. Die Rekorddefizite in der Handels- und Leistungsbilanz sind zum grössten Teil selbstgemacht. Ohne die Triebkraft der Aufwertung, die den Dollar zwischen 1980 und Ende 1984 um 70% höher notieren liess, wäre auch die Handelsbilanz nicht so dramatisch in die roten Zahlen gerutscht. Die Gründe für diese enorme Aufwertung sind jedoch in erster Linie im Zusammenwirken der amerikanischen Geld- und Fiskalpolitik zu suchen.

Auslösendes Moment war der geldpolitische Kurswechsel nach dem Amtsantritt Paul Volckers als Chef des Federal Reserve Board. Die zunächst konsequente Anti-Inflationspolitik des Fed trieb die amerikanischen Realzinsen auf zuvor nie erreichte Höhen. Als dann auch nach der zweiten Rezession von 1982 klar wurde, dass Volcker es mit der Inflationsbekämpfung ernst meinte, konnte der geldpolitische Restriktionsgrad nach und nach gelockert werden, worauf die nominellen Zinsen auf Grund der gleichzeitig deutlich abgebauten Inflationserwartungen ebenfalls nachgaben. Gleichwohl blieben die US-Realzinsen gegenüber den realen Renditen in Europa und Japan relativ hoch. Dahinter standen nicht

zuletzt die nun kräftig steigenden Budgetdefizite, die an den Kapitalmärkten die Erwartung weckten, das Fed werde über kurz oder lang die Defizitpolitik des Bundes monetär alimentieren müssen und dadurch einen neuen Inflationsschub auslösen, der letztlich nur über hohe Zinsen beseitigt werden könne.

Die im Vergleich zum ausländischen Zinsniveau hohen Renditen in den USA boten attraktive Anlagemöglichkeiten für europäisches und japanisches Kapital, und die rasch steigende Dollarnachfrage trieb den Preis der amerikanischen Valuta in die Höhe. Der Kapitalzustrom fand darüber hinaus weitere Nahrung in der Schuldenkrise (Kapitalflucht aus Lateinamerika) sowie im Wachtstumsgefälle zwischen den USA und den anderen grossen Industrieländern. Sparüberschüsse, die wegen des schleppenden Konjunkturganges in Europa und Japan nicht angelegt werden konnten, wurden in die USA transferiert, wo sie die traditionell geringe volkswirtschaftliche Ersparnis der Amerikaner ergänzten. So gesehen, finanzierten die USA ihre steigenden Budgetdefizite über einen stetigen Zustrom an ausländischem Kapital. Unter «normalen» Voraussetzungen wäre dies nur mit ebenfalls steigenden Zinsen möglich gewesen, die den amerikanischen Aufschwung letztlich abgebremst und der Auslandsverschuldung ein frühes Ende bereitet hätten. Anstelle der Zinsen stieg jedoch der Dollar, was von der Administration als Zeichen der Stärke gewertet wurde. Auf Klagen bekamen Europäer zu hören, der Dollar sei zwar «our currency, but your problem». Erst mit dem Plaza-Abkommen von 1985 gab die Administration zu, dass die Zeche für die massive Dollaraufwertung von der amerikanischen Exportindustrie (und darunter vorab der Landwirtschaft) nicht mehr getragen werden konnte.

Experiment gescheitert

Nach sechs Jahren überwiegen die unerfüllten Versprechen. Das Konzept der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, das eigentliche Kernstück der Reagan-Revolution, hat zwar nicht an Überzeugungskraft verloren. Es dient vielmehr den meisten Industrieländern als Vorbild für eigene Reformanstrengungen. Dies dürfte jedoch weniger Reagan als dem «Zeitgeist» zuzuschreiben sein. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in den siebziger Jahren an Grenzen gestossen, und eine Neubesinnung auf das Machbare hätte sich so oder so aufgedrängt. Der Schritt von «Keynes zu Schumpeter» muss indessen von der praktischen Politik noch vollzogen werden, wobei der Rückzug des Staates aus der wirtschaftlichen Mitverantwortung allerdings nicht mehr zur Debatte stehen dürfte. Dies gilt offenbar sogar für den Bereich der Konjunkturpolitik, und es gehört denn auch zur Ironie der jüngsten Entwicklung, dass die USA von Japan und Deutschland heute wiederum jene beschäftigungspolitischen Massnahmen fordern, die nach dem missglückten Experiment von 1978 (Bonner Wirtschaftsgipfel) auf den Index gesetzt worden waren.

Reagans Scheitern hat viele Gründe. Zu verweisen wäre in erster Linie auf die innenpolitische Blockade in der Haushaltspolitik, die mit Eigenarten der amerikanischen Gewaltentrennung, aber auch mit einem Defizit an Verantwortungsbewusstsein in Kongress und Administration zu tun hat. Letztlich dürfte auch der chaotische

Führungsstil im Weissen Haus — David Stockman hat ihn schonungslos beschrieben, und mit der Iran-Krise rückte er erneut in den Vordergrund — ein Faktor gewesen sein.

Vordergründig sehen allerdings die Leistungsdaten der amerikanischen Wirtschaftspolitik besser aus als je zuvor. Der Aufschwung steht in seinem fünften Jahr, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Das Wachstumstempo hat sich zwar auf unter 2,5% verlangsamt, dennoch will niemand eine eigentliche Rezession voraussagen. Trotz steigenden Handelsbilanzdefiziten wurden in den USA in den letzten vier Jahren elf Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Seit 1982 fiel die Arbeitslosigkeit um 28%, während sie in Japan um 17% und in der Europäischen Gemeinschaft um 20% zunahm. Und selbst der im Kongress und in den Gazetten breit debattierte Verlust an Wettbewerbsfähigkeit scheint vor den Fakten nicht zu bestehen, denn allein seit 1982 wurden im industriellen Sektor 400000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Befreit von den Bleigewichten des hohen Dollars schickt sich die amerikanische Industrie an, verlorene Exportmächte zurückzuerobern. Einzelne Prognostiker betrachten den Umschlag der Handelsbilanz ins Plus zum Beginn der neunziger Jahre bereits als festes Datum.

Tatsächlich sind die USA über kurz oder lang auf einen Exportüberschuss angewiesen, um den Verpflichtungen gegenüber ihren Auslandgläubigern nachzukommen. Bis zum Ende der laufenden Dekade dürfte die akkumulierte Auslandschuld der USA von gegenwärtig 250 Milliarden auf 600 bis 800 Milliarden Dollar gestiegen sein. Die jährlichen Zins- und Dividendenverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern dürften sich dann auf etwa 60 bis 80 Milliarden Dollar belaufen. Das sind mehr als 1% des dannzumal erwirtschafteten BSP und ein Mass für die «wahren Kosten» der heutigen Defizitpolitik Washingtons. Vom erwarteten mittleren Einkommenszuwachs von 2% wird dereinst einmal gut die Hälfte als Schuldendienst ans Ausland zu überweisen sein. Die Politik Reagans hätte dann die Amerikaner ärmer und nicht reicher gemacht.

Daniel M. Hofmann

Reiseangebote ins Mythische

Die Gleichzeitigkeit des Anderen: Rückblick auf eine Ausstellung im Kunstmuseum Bern

Der Titel ging anfänglich nur mühsam in den Kopf: «Die Gleichzeitigkeit des Anderen». Heute ist er für viele Menschen eine Art Losungswort geworden für ganz bestimmte Grenzerlebnisse.

«Die Gleichzeitigkeit des Anderen» hiess eine Ausstellung im Kunstmuseum Bern, die am 14. Juni dieses Jahres ihre Tore schloss. Wenn wir hier trotzdem darüber berichten, so deshalb, weil es ein recht ungewöhnliches

Museumsunternehmen war und ebenso ungewöhnliche Ansprüche an die Besucher stellte. Zudem überdauert eine Begleitpublikation die Ausstellung und hält die Frage wach nach Sinn und Modellcharakter dieser Art von Kunstvermittlung.

Dem Leser möchte ich meinen eigenen Erlebnisrhythmus zumuten, beschäftigen mich doch im Rückblick auf die «Gleichzeitigkeit des Anderen» drei Aspekte: Die Werke und die Inszenierung der Ausstellung selbst, dann die Reaktionen der Besucher und schliesslich der Gehalt, für den man dem abgegriffenen Wort «mythisch» Glanz von innen geben möchte.

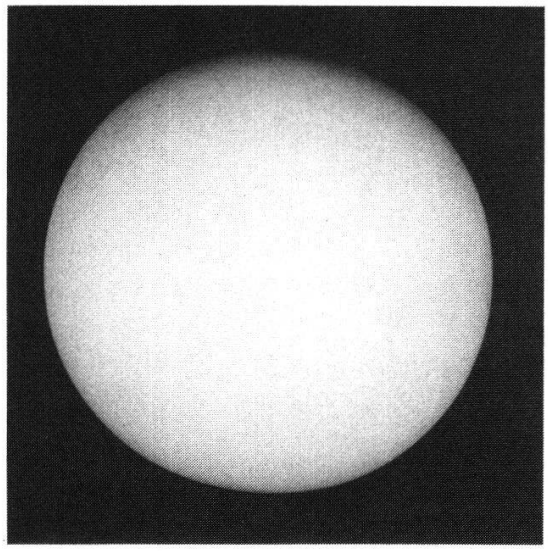

Abbildung 1 James Lee Byars: Stand on this stone and blow soul. Kugel aus weissem Marmor. 1987. Ø 105 cm. Anlässlich der Vernissage blies James Lee Byars, in goldenem Kleid auf der Marmorkugel stehend, der Ausstellung «Geist» ein. Der Künstler als Gaukler oder Magier?

Die Ausstellung

Ungewöhnlich war bereits die Ankunft. Vor der Museumstreppe im Freien stand eine riesige weisse Marmorkugel von James Lee Byars (geboren 1932), uraltes Zeichen einer uns recht fern gewordenen Ganzheit von Sein und Universum. Der Besucher wurde eingestimmt, dass ihn im Museum etwas erwarte, das sich eher in Symbolen und Metaphern ausdrükken lässt als in unserer Alltagssprache.

Erfunden und organisiert wurde «Die Gleichzeitigkeit des Anderen» von Jürgen Glaesemer. Die Ausstellung ist das Resultat langer Überlegungen und persönlicher Erlebnisse. Als Klee- und Wölfli-Spezialist, aber auch im Umgang mit neuster Kunst sowie mit den Candomblé-Riten Brasiliens erkannte er, dass zur eigentlichen Kultur «das Befremdliche, Beunruhigende, Beängstigende mitgehören».

Sein Thema umschreibt Glaesemer als «die Frage nach dem Anderen, das sich hinter den rational fassbaren Elementen der Kunst verbirgt. Das Andere erschliesst sich nicht in erster Linie durch unseren Verstand, sondern durch emotionale Bereiche der Wahrnehmung, des Empfindens und der Ahnung».

Hier wäre einzuwenden, dass jedes wirkliche Kunstwerk einen emotionalen und spirituellen Hintergrund beanspruchen will und kann, sonst bleibt es beim Dekor oder Design. Was das von Glaesemer gemeinte Andere ist, erschloss sich erst Schritt für Schritt beim Durchwandern der Ausstellung: Da ruht nicht künstlerische Form «selig in sich selbst»; man findet auch kein ikonographisches oder philosophisches Programm. Viel mehr geht es um Kunstwerke, die die bald heftigen, bald meditativen existentiellen Erfahrungen des Menschen mit Geburt und Tod, Magie, Eros und Wahnsinn unmittel-

Abbildung 2 Joseph Beuys: Die Honigpumpe am Arbeitsplatz, 1977. Rauminstallation, 2 Schiffsmotoren, 1 Stahlbehälter, Plastikschlauch, 3 Bronze-Gefässe, 2 Tonnen Honig in Kanistern Humlebaek (Dänemark), Museum für Moderne Kunst. Nur noch als Reliquie erlebbar. 1977 zirkulierte Honig durch die Schläuche, Beuys entwickelte sein Modell, wie sich Menschen und Dinge durch Kommunikation finden.

bar erlebbar machen. Wollte man Linien in die Vergangenheit ziehen, käme man vielleicht zu frühsten Kultdarstellungen, zur Romanik, zu Bosch, den Romantikern, dem Blauen Reiter.

Glaesemer wandte sich mit seinem Anliegen, die Wahrnehmung des Anderen durch Visuelles zu sensibilisieren, an zeitgenössische Künstler, wobei bekannte Namen mit unbekannten wechselten. Rund zwanzig Gestalter machten mit und brachten Werke, die den Besucher in immer anderer Weise zu den geheimen Wurzeln der Existenz führten. Dazu kamen Werkgruppen von Paul Klee (1879—1940) und Adolf Wölfli (1864—1930), sowie Photographien einer «anderen» Ethnographie von Pierre Verger (1902). Ein Begleitprogramm mit Konzerten, Performances, Theater, Lesungen, Filmen umkreiste mit eigenen Mitteln das Thema des Anderen.

Im Zentrum der Ausstellung stand die «Honigpumpe am Arbeitsplatz» des grossen toten Beuys. Sie war an der 6. documenta in Kassel 1977 von *Joseph Beuys* (1921—1986) eingerichtet worden. Während der gelbe Honig richtig und auch sinnbildhaft in durchsichtigen Schläuchen zirkulierte, hielt Beuys hundert Tage lang Diskussionen und Lesungen ab. Er postulierte, dass «an alle Arbeitsplätze der Menschen

Abbildung 3 Christian Boltanski: Leçon de Ténèbres. 1987. (Finsternisse) Rauminstallation, Verschiedene Materialien mit 30 Kerzen (Ausschnitt). Lampengedämpfte Einschlafbilder aus Gefilden des Anderen.

etwas herangebracht werden muss, was ihnen gegenwärtig fehlt». Er meinte damit etwa Ideenaustausch anstatt Vereinsamung, eine Freiheit, innerhalb derer alle Menschen Gestaltungsvorschläge machen könnten, Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Vernunft und Mythos.

In Bern war die Honigpumpe in Teile zerlegt, wie eine Reliquie, noch duftete der Honig. Beuys damalige Kommentare wirkten als Motto zur Ausstellung: «... was ihnen fehlt».

Was den Menschen fehlt, das versuchten in Bern die Künstler mit persönlichen Antworten sichtbar zu machen. Das konnte Beschwörung einer verlorenen und nie recht gelebten Kindheit sein wie bei *Christian Boltanski* (1944): Im dunklen Raum warfen viele Kerzen die Schatten kleiner Metallfigürchen an die Wand, Ritter und Tödlein und Fledermaus, flackrig und sich dehnend beim Niederbrennen. Frühste lampengedämpfte Einschlafbilder aus Gefilden des Anderen, bald sanft, bald drohend.

Zwei Geschosse darüber — die Ausstellung war angelegt wie ein Organismus mit dunklen Wurzeln im Untergeschoss und dem «Kopf» oben im Hellen — oben also fand man als Gegenstück die klare Welt von *Rebecca Horn* (1944): ein architektonisch perfekt integriertes Spiegelkabinett mit unendlichen Perspektiven von kühler Schönheit. «Ballett der Spechte» hiess die Installation, und tatsächlich klopften da Spechte «pochpochtack» in Form von Hämmerchen an den Rand der Spiegel, klopften auch an verkohltes Holz, das leise als Staub über eine Eiform rann. Vergänglichkeit, Unendliches, Heiterkeit des Geistes waren Mitteilungen aus einer «anderen» Welt.

Das war die Vorbereitung für den nächsten Raum, den man nur betreten durfte, wenn man einen Zettel unterschrieb «Auf eigene Gefahr». Starrende Metallspitzen, «The Beds of Spikes» von *Walter de Maria* (1935), lösten bei klassisch-schöner Ordnung den Schrecken einer absoluten Aggression aus.

Das Andere kann also in verschiedenartigsten Erscheinungsformen wahrgenommen werden, materiell nicht greifbar und doch in unwiderlegbarer Intensität.

Einen kühnen Dialog inszenierte Glaesemer mit der Konfrontation von Bildern von *Paul Klee* und *Adolf Wölfli,* ein Unternehmen, das bei einigen Fachleuten Missbilligung auslöste. Gewiss, die gestalterischen Systeme,

die Bewusstseinslagen, die musischen Vorzeichen mögen völlig verschieden sein — doch siehe, es gab Berührungspunkte. Beide Zeichner waren — um ein Klee-Wort zu brauchen — «näher der Schöpfung als üblich», und um Weltfindungen geht es hier wie dort, bei Klee in hohem Wissen, bei Wölfli in dunklem Drängen. Bis zu Formanalogien grüssten Klees Engel und Dämonen diejenigen des St. Adolf des Grossgrossen aus der Waldau. Durch die Gegenüberstellung wurde die etablierte Sehweise — hie hohe, dort Irren-Kunst — aufgebrochen.

Dialoge gab es auch sonst. *Richard Tuttle* (1941) antwortete mit einem Fries aus kleinsten Farbobjekten den Bildern von *Martin Disler* (1949). Dass «das Andere» der nächste Mensch sein kann, zeigten Ulay und Marina Abramovic (1943, 1946) in der beziehungsreichen Gegenüberstellung von zwei Amphoren: das Paar, ein heute fast verschmähter und doch so notwendiger Begriff.

Nach vielfachen Eindrücken gelangte man zur Rauminstallation mit dem Titel «Fundamental Void», fundamentale Leere, von *Eric Orr* (1939). Wie alle Arbeiten der Ausstellung, so beruht auch dieser geheimnisvolle Abschluss auf bekannten Phänomenen, hier auf dem Angewöhnen der Augen an die Dunkelheit. Durch einen blauen Korridor tastete man sich in einen schwarzen Raum. Nacht, völlige. Unbehagen. Bis sich nach Minuten die Schemen anderer Menschen abzeichneten, die eigene Hand auftauchte, filzig wie ein fremdes Wesen. Oben und unten existierten nicht. So muss der Eintritt in die Unterwelt sein. Weil der Raum nicht absolut abgedunkelt war, sondern Orr eine schwächste Lichtquelle eingebaut hatte, empfand man

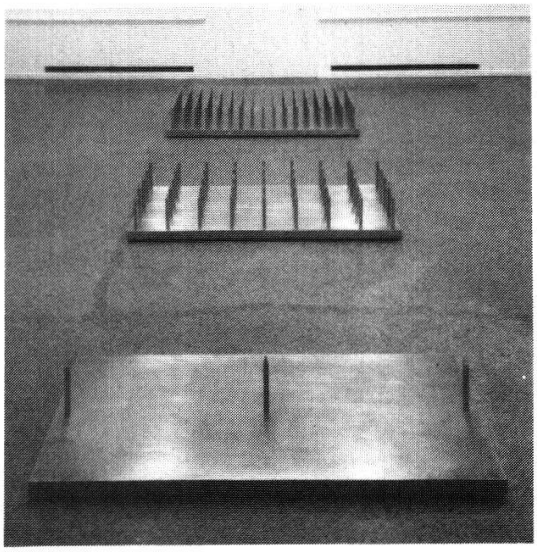

Abbildung 4 Walter de Maria: Beds of Spikes, 1968/69. Skulptur, 3 Elemente, Einzelplatten mit Spitzen, rostfreier Stahl. Privatbesitz. Glanzvoll konstruierte Ordnung kann Aggression und Angst auslösen.

langsam Dämmrigkeit, wie in den Nachtbildern von Caspar David Friedrich. Sachte Ahnung von neuem Leben. Man fühlte sich von Zärtlichkeit für alles Seiende ergriffen. Oder erlebte das jemand ganz anders? Sicher. Das soll er ja. Denn die Ausstellung bot kein ideologisches Manifest an, sie verlockte den einzelnen «nur» zur schwebenden Balance zwischen Verstand und Ahnung — oder soll man Seele sagen?

Reaktionen und Exerzitien

Die Künstler hatten Denkräume oder Bühnen geschaffen, die den Betrachter zum Mitspielen aufforderten. Wie haben die Akteure reagiert? Ich habe Stimmen dazu gesammelt.

Für *die Presse* gilt, was einer ihrer gescheitesten Vertreter, Laszlo Glozer, so formulierte: «Ohne es expressis ver-

bis — und überhaupt — zu wollen, überforderte die Ausstellung auch die Kritik. Denn das, worum es geht, ist mit dem üblichen Massstab nicht zu messen» («Süddeutsche Zeitung», 20. Mai 1987). War ein Zeichen solcher Überforderung, dass eine — der Ausstellung gegenüber leicht skeptische — Journalistin beim Heimfahren ihren Aussteigeort übersah?

Entsprechend der Tatsache, zwar Werke bekannter Künstler zu sehen, aber doch unbekanntes Terrain zu betreten, gab sich die Kritik vorsichtig freundlich, mit einigen Einschränkungen. Zum Beispiel wurde beanstandet, der Künstler werde «oft... zum gehobenen Innendekorateur» («NZZ», 25. März 1987). Oder «Neue Namen bringt Glaesemer ... allerdings auch nicht ins Spiel» («Vaterland», 30. März 1987). Am ausführlichsten und getragen von Begeisterung berichteten die Zeitungen von Bern, wobei auch der Mut des Museums gelobt wurde, den «Vorstoss in die Zonen des Anderen möglich gemacht» zu haben («Bund», 21. März 1987).

Interessanterweise fanden sich *die Laienbesucher* weniger «überfordert» als die Fachleute. Gewiss, es gab wie überall Teilnahmslose. Aber erstaunlich viele akzeptierten die Reise-Einladungen in die von den Künstlern bereitete mythische Landschaft. Spannend ist, dass die Besucher diese dann oft auf sich und ihren Lebenskreis zubogen, was für die schöne Offenheit der Angebote spricht.

Zum Beispiel ein *Doktor der Geographie;* «Ich war vier Stunden in der Ausstellung, es war ein umwerfendes Erlebnis. Eine Art seelischer Phänomena. Der schwarze Raum zuerst schrecklich, ich erkannte meine Probleme, meine Panik im Dunkeln.» Von anderen Arbeiten fühlte er sich berührt in seiner Tätigkeit als Führer von Exkursionen: «Die Leute interessieren sich primär nur für Namen, oder sie haben Angst vor Natur-Zerstörung. Dabei müssten die Menschen merken, dass die Natur ähnliche Erlebnisse geben kann, wie sie diese Ausstellung ermöglicht. Dann würde Naturschutz richtig funktionieren.»

Mein nächster Informant war *Architekt.* Ihn faszinierte das Räumliche, etwa im Spiegelkabinett von Rebecca Horn: «Primär — ein unendlich stiller Raum. Da pochen Hämmerchen. Die Zeit pocht sich in den Raum. Akustisch-Räumliches spielt in der Architektur eine Rolle, wenn etwa Schritte durch einen Dom hallen.»

Zu Eric Orr: «Der Raum und seine Dimensionen leben vom Licht und dessen Führung. Stellt man sich vor, nach und nach alle Lichtöffnungen zu verschliessen, dann zieht sich der Raum zusammen, und zuletzt bleibt wie ein Bleikoloss die ‹fundamentale Leere›. Das Licht ist mehr als ein astronomischer Zufall.»

Erbost und ausser sich war ein sonst massvoller *Maler.* Eine solche Ausstellung könne man nur «lächerlich finden». Manipulationen eines Kunstgeschichtlers. Ebenfalls «draussen» blieben jene, die sich keine Zeit nahmen, die bloss Werke abhakten und sie dem Bildungsgut einverleiben wollten. Sie hätten die Erkenntnis lesen sollen, die Martin Disler im Katalog notiert hatte: «Ein Mann, eilig auf der Suche nach einer Vision, ist sehr langsam.»

In fast allen Gesprächen tauchte der schwarze Raum von Eric Orr auf. Ein *Fotograf* empfand ihn als «Gag», während seine Begleiterin, eine *Malerin,* argumentierte: «Es ist das männliche Prinzip — nicht der Mann —, das sich

einer tieferen Kommunikation entgegenstellt. Im Dunkeln erkennen wir, dass wir keine Topfiguren sind, sondern Teile eines anderen Ganzen.» Ihre Malklasse schickte sie nach Bern. Die Schülerinnen und Schüler suchen noch heute Formulierungen im Bild für das Erlebnis, wie die Nacht licht wurde.

Auf eigene Gefahr

Die Picasso-Ausstellung lockte 200 000 Besucher ins Berner Kunstmuseum, die Gleichzeitigkeit des Anderen mitsamt dem multimedialen Rahmenprogramm immerhin zehn Prozent davon. Meist waren es 25- bis 40jährige.

Auch ohne Grossandrang von Publikum darf man vermuten, dass die Gleichzeitigkeit des Anderen Langzeitwirkung hat.

In eigener Art schliesst die Ausstellung an die grossen Inszenierungen von Harald Szeemann an, wie die Junggesellenmaschine oder Das Gesamtkunstwerk. Tatsächlich ist — so sagt es Glaesemer — «Szeemann für mich der anregendste Ausstellungsmacher. Weil er Begriffe wie Kultur und Kunst in jedem Moment neu befragt, definiert und sich dabei exponiert.»

Während Szeemann in den erwähnten Ausstellungen meist vorhandene Werke nahm und sie als kongenialer Interpret oder Dirigent sozusagen zur lebensvollen Aufführung brachte, hat Glaesemer die Künstler selbst auf die Fährte seiner Idee des Anderen gesetzt.

Für die Besichtigung riet Glaesemer «geschehen lassen» und «Künstler schicken uns auf diesen Weg». Damit legte er die Ausstellung «auf eine Art Erweckungsritual an» (Laszlo Glozer). Auf Initiation. Was heisst, dass das Unternehmen in dieser Weise nicht wiederholbar ist. Auch vor hurtiger Nachahmung durch andere wäre zu warnen.

«Es geschehen lassen»: damit wird *die psychologische Dimension* der Ausstellung angesprochen. Tatsächlich erwies sich der Rundgang geradezu als testartige Befragung der eigenen Empfindsamkeit und Erlebniskraft gegenüber metaphysischen Einbrüchen. «Auf eigene Gefahr» musste man bei «Beds of Spikes» unterschreiben. Das Zeremoniell hatte Bedeutung für die ganze Ausstellung. Gefordert war die Übernahme von Verantwortung gegenüber Kunstwerken.

Die Gleichzeitigkeit des Anderen stellte aber nicht nur die übliche museale Distanz — «Nicht berühren!» — zwischen Kunstwerk und Besucher in Frage, sie unterwanderte auch ein bisschen spitzbübisch die gewohnten *Kategorien der Wertbeständigkeit von Kunstwerken,* wie sie Museen sonst meist pflegen. Einen schwarzen Raum kann man höchstens als Innenerfahrung weitertragen. Fast gratis.

Damit wurde — abschliessend — auch der *Begriff des «Künstlers»* um eine Spur verrückt. Er wurde in Bern nicht neu- sondern zurückgedeutet, erhielt er doch auf Zeit wieder jenen Freiraum, den er in «primitiven» Kulturen hatte: Führer zu sein aus der sichtbaren Welt in eine magische, unsichtbare. Als Passierschein für die Grenzüberschreitung galt bald heiterer Zauber, bald tiefer Ernst.

Der Philosoph Jean Gebser schrieb vor Jahrzehnten schon, unsere Welt werde auseinanderbrechen, wenn wir nicht ein neues Bewusstsein ausbilden würden. Im Kunstmuseum Bern gab es kein Rezept für dieses neue

Bewusstsein. Aber Haltungen wurden geprobt.

Annemarie Monteil

Im Begleitbuch wird «Die Gleichzeitigkeit des Anderen» von Dichtern, Künstlern, Kommentatoren erkundet, in Texten von Juan de la Cruz bis Martin Disler. Zahlreiche Abbildungen. Kurzbiographien der Autoren und der in der Ausstellung vertretenen Künstler. Verlag Gerd Hatje/Arthur Niggli.

In den nächsten Heften lesen Sie:

Emil Küng	Umweltpolitik
Kurt R. Spillmann:	Reagans sicherheitspolitisches Vermächtnis
Josef Joffe:	Der deutsche Historikerstreit
Jean Starobinski:	Schulmedizin — Parallelmedizin
Georges Nivat:	Blaise Cendrars' Russlandroman
Adolf Max Vogt:	Gropius euklidisch

Wer hat einen Schadenfreiheits-Bonus in der Hausrat-Versicherung?

Wir zahlen nach 5 schadenfreien Jahren
50% der letzten Jahresprämie zurück.

Altstadt
VERSICHERUNGEN

Hauptsitz
Albisriederstrasse 164, 8040 Zürich, Telefon 01-492 70 40